

Blick auf NRW 2022 - 2027

**aus Sicht der
chemischen Industrie**



Blick auf NRW 2022 - 2027

aus Sicht der chemischen Industrie



Die Transformation zu einer zirkulären und treibhausgasneutralen Lebens- und Wirtschaftsweise kann nur mit einer starken Industrie gelingen. Diese wichtige Erkenntnis auf der Bundesebene gilt umso mehr für Nordrhein- Westfalen - als Industrieland Nummer 1 in Deutschland.

In die nun anstehenden Debatten über die konkrete Ausgestaltung des Transformationsweges, möchten wir uns als Schlüsselindustrie in NRW mit dem Know- how und der Leistungsbereitschaft unserer Unternehmen einbringen, um gemeinsam zum besten Zukunftskonzept für Nordrhein-Westfalen zu kommen. Das gemeinsame Ziel ist klar: Wir wollen den Klimaschutz voranbringen und gleichzeitig ein international wettbewerbsfähiges und erfolgreiches Industrie-Bundesland bleiben.

Es kommt auf Sie - die Vertreterinnen und Vertreter der NRW-Politik - an, diesen Prozess der Transformation zu einer zirkulären und treibhausgasneutralen Lebens- und Wirtschaftsweise in den kommenden fünf Jahren zu gestalten!

Dazu brauchen wir noch einmal mehr eine Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen, die Möglichkeiten schafft. Wir benötigen jetzt höchstes Tempo für eine Politik, die Planungssicherheit bietet, unnötige bürokratische Hemmnisse abbaut, Digitalisierung und Infrastruktur optimiert und Innovationen, wo immer möglich, fördert statt behindert. Denn nur so werden wir die Bausteine Klimaschutz, Wohlstand und Wachstum dauerhaft zu einer festen Erfolgsformel verbinden können. Es muss das Ziel sein: den Wandel in NRW so erfolgreich zu gestalten, dass er zum Leuchtturm der Industrieregionen weltweit wird.

Ihr
Thomas Wessel,
Vorstandsvorsitzender VCI Landesverband Nordrhein-Westfalen

Unsere Inhalte

A.	Transformation zur Klimaneutralität gestalten	S.4 - S.13
1.	Weichen für Klimaschutz richtig stellen	S.5
a.	Erneuerbare Energien und Netze ausbauen	S.5
b.	Energieversorgung sicherstellen	S.6
c.	Wasserstoffwirtschaft aufbauen und trilateral denken	S.7
d.	Wettbewerbsfähigkeit erhalten	S.9
e.	Akzeptanz durch Dialog und Diskurs	S.9
2.	Circular Economy auf den Weg bringen	S.10
a.	Carbon Management Strategie weiterentwickeln	S.10
b.	Aufskalieren neuer Technologien unterstützen	S.10
c.	Abfallrecht zirkulär ausrichten	S.10
3.	Innovationspotentiale von NRW nutzen	S.11
a.	Reallabore ermöglichen	S.11
b.	Förderverfahren vereinfachen	S.11
4.	Planungs- und Genehmigungsverfahren fit für die Transformation machen	S.12
a.	Industrietransformation nicht vergessen	S.12
b.	Optimierungspotentiale nutzen und Hemmnisse beseitigen	S.12
c.	Chancen der Digitalisierung ergreifen	S.12
B.	Zukunft braucht Chemieinnovationen	S.14 - S.19
1.	EU-Chemikalienstrategie nachhaltig gestalten	S.15
2.	Start-up Dynamik nutzen	S.16
3.	Möglichkeiten der Bioökonomie für NRW nutzen	S.17
C.	Standort stärken	S.20 - S.33
1.	Chancen des Industriestandortes nutzen – Industriepolitiches Leitbild weiterentwickeln	S.21
2.	Die Gesellschaft braucht eine starke MINT-Bildung	S.22 - S.23
3.	Lehren aus Pandemie ziehen – Pharmastandort stärken	S.24 - S.25
4.	Verkehrsinfrastruktur zukunftsgerecht gestalten	S.26 - S.32
5.	Umweltpolitik mit Industrieentwicklung in Einklang bringen	S.33



**Transformation zur
Klimaneutralität
gestalten!**

1. Weichen für Klimaschutz richtig stellen

Das Erreichen der Treibhausgasneutralität stellt eine enorme Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Dies gilt insbesondere für das Industrieland NRW. Im Jahr 2027 endet die nun anstehende Legislaturperiode. Dann wird man vermutlich sagen können, ob wir die Zwischenziele für 2030 realistischerweise erreichen können und ob alle Weichen für das finale Ziel der Treibhausgasneutralität richtig gestellt sind. Der Ukraine-Krieg mit seinen energiepolitischen Folgewirkungen hat nochmals dramatisch verdeutlicht: Im Zentrum der Klimaschutzbemühungen muss eine Energie- und Klimapolitik stehen, die eine ausreichende und verlässliche Versorgung mit Energie und deren Bezahlbarkeit zusammenbringt.

Dabei unterscheiden sich die Anforderungen für den Industriestandort NRW mit seiner starken Grundstoffindustrie und den daran angeschlossenen Wertschöpfungsketten deutlich von den meisten anderen deutschen und europäischen Regionen. Wir sind daher in NRW ganz besonders darauf angewiesen, dass der EU-Rechtsrahmen zu den Vorgaben des Green Deal und die nationale Gesetzgebung transformationsgerecht ausgestaltet wird.

Die NRW-Politik muss im Zusammenspiel mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stakeholdern die spezifischen Anforderungen des Industriestandortes NRW vehement in Berlin und Brüssel einbringen, um ihnen dort Gehör zu verschaffen.

a. Erneuerbare Energien und Netze ausbauen

Allein die chemische Industrie benötigt für eine treibhausgasneutrale Umgestaltung etwa 500 Terrawattstunden (TWh) Strom im Jahr 2050 – mehr als der gesamte derzeitige Strombedarf Deutschlands. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss daher massiv gesteigert werden – allerdings so kosteneffizient wie möglich. NRW muss wesentlicher Treiber und Unterstützer der Ambition der neuen Bundesregierung für einen massiven und kosteneffizienten Aufbau der Erneuerbaren Erzeugung und von Speichertechnologien sein.

Dazu gehört auch die proaktive Beteiligung an der Debatte zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

NRW muss sich für eine System-übergreifende und integrierte Netzentwicklung (Strom, Gas, Wärme, aber auch Rohrleitungen für synthetisches Gas, CO₂) einsetzen. Als Binnenland ist NRW auf die infrastrukturelle Anbindung an Regionen angewiesen, die über bessere Bedingungen für die Erneuerbaren Erzeugung verfügen. Ein entsprechender Ausbau wird für den Industriestandort NRW in den kommenden Jahren als Standortfaktor noch an Bedeutung gewinnen.

Die laufende Landes-Studie zur integrierten Netzentwicklung kann hier eine Grundlage für die weitere – vor allem bundespolitische Debatte – bilden. Für ein stabiles Netz kommt der Industrie eine wichtige Rolle zu. Über flexible, genauso wie planbar gleichmäßige industrielle Energieverbräuche wird die Netzstabilität unterstützt. Sie sollten weiter angereizt werden, weil sich so beispielsweise die Notwendigkeit, dass Windräder abgeregelt werden müssen, reduziert.

NRW sollte sich zudem dafür einsetzen, dass etwa im Rahmen der Novelle der EU-Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (Renewable Energy Directive, RED) im Sinne des Klimaschutzes auch europäische grenzüberschreitende Projekte angereizt werden. Dabei sollten Investitionen im Ausland der Zielerreichung des Landes des Investors zugerechnet werden.

Blickt man auf den konkreten Einsatz Erneuerbarer Energie in der Industrie existieren zahlreiche Einzelprojekte und -ansätze. Diese sind Bestandteil der Klimaschutzstrategien, die viele Unternehmen aufgesetzt haben oder derzeit erarbeiten.

NRW sollte ein Gesamtkonzept zur Unterstützung / Anreizung des Erneuerbaren-Einsatzes in der Industrie erarbeiten.

Zielsetzungen sollten dabei eine Bestandsaufnahme der Förder- und Anreizinstrumente auf Landesebene sein, die Identifizierung und Ausarbeitung von notwendigen ergänzenden Instrumenten und entsprechende Impulse in Richtung der europäischen und der Bundesebene.

Dazu gehören etwa:

- Verbesserte Rahmenbedingungen für direkte Grünstromverträge (PPA, Power Purchase Agreements).
- Verbesserter Zugang zu Grünstrom über einen bilanziellen Bezug, damit ihn auch Unternehmen an küstenfernen Standorten wie NRW für strombasierte Technologien nutzen können (wie z.B. im Rahmen der Wasserelektrolyse oder beim verstärkten Einsatz von Wärmepumpen).
- Weiterentwicklung und Einführung innovativer Technologien im Industriekontext wie Hochtemperaturwärmepumpen und -speicher.
- Die Abwärmenutzung ist bereits heute in den Verbundstrukturen der chemischen Industrie hochoptimiert. Anreize zur weiteren Nutzbarmachung industrieller Abwärme könnten dennoch im Einzelfall helfen, bislang unwirtschaftliche Potentiale zu heben.
- Explizit kein Ansatz sind aus Sicht des VCI NRW Verpflichtungen/Quoten zum Einsatz Erneuerbarer Energie im Industriesektor. Die Konzentration muss stattdessen darauf liegen, die ausreichende Verfügbarkeit Erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen bei geeigneten regulatorischen Rahmenbedingungen zu erreichen – dann folgt die Nachfrage der Industrie automatisch.

Die neue **Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate** kann bei den Diskussionsprozessen zu diesem Themenkomplex eine wichtige Rolle spielen. Allerdings ist wesentlich, dass die Industriesäule (IN4Climate.NRW) durch eine intensivere Einbindung der Verbände gestärkt wird, um die Breite der Industrie mitzunehmen und gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen einzubeziehen.

b. Energieversorgung sicherstellen

Entscheidend für eine erfolgreiche Transformation ist der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Branche während des gesamten Transformationsprozesses.

Nur dann kann die chemische Industrie in die Umstellung ihrer eigenen Prozesse investieren und die weitere Wertschöpfungskette mit innovativen Produkten für den Klimaschutz unterstützen. Wesentlich hierfür ist die durchgehende Sicherung der Energieversorgung (inkl. der Beachtung international wettbewerbsfähiger Preise, vgl. dazu nachfolgend unter 1.d.) – das umfasst auch die Versorgung mit konventionellen Energieträgern, solange noch keine ausreichenden treibhausgasneutralen Alternativen zur Verfügung stehen.

Der **Krieg in Osteuropa** hat die Verletzlichkeit Deutschlands und der EU bei der Energieversorgung offenbart. Wir müssen die Transformation zur Treibhausgasneutralität sehr viel stärker mit Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zusammendenken.

Angesichts der besonderen Lage müssen die Maßnahmen zur Versorgungssicherheit überprüft und zeitnah umgesetzt werden – von möglichst marktnahen und effizienten Instrumenten zur Sicherung der Gasversorgung bis zu größerer Flexibilität und Pragmatismus beim temporären Weiterbetrieb von Braun- und Steinkohlekraftwerken, um gasbasierte Stromerzeugung zu entlasten.

Im verarbeitenden Gewerbe können schon Unterbrechungen und Schwankungen im Millisekundenbereich zu großen Schäden in der Produktion führen. Das Risiko für solche Unterbrechungen und Schwankungen steigt in einem Energiesystem, das stärker durch volatile Erzeugung geprägt ist.

NRW muss sich zur durchgehenden Sicherung der Energieversorgung dafür einsetzen, dass auf Bundesebene ein effektives Monitoring der Stromversorgung eingeführt wird. Diesem Monitoring muss eine Definition von Versorgungssicherheit zugrunde liegen, die auch kurzfristige Schwankungen und Unterbrechungen umfasst.

Ganz klar muss sein:

Der Fahrplan für ein gesetzliches Abschalten von Kraftwerkskapazität muss vor dem Hintergrund der Unsicherheit russischer Gas-Importe mit Blick auf die Versorgungssicherheit stets überprüft und neu bewertet werden.

Trotz der umwälzenden Effekte des Konflikts in Osteuropa auf die Energiestrategie Deutschlands benötigt die Bundesrepublik vermutlich weiterhin zusätzliche flexibel einsetzbare Gaskraftwerkskapazität, um die von unserer Branche benötigte Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

NRW muss sich deswegen intensiv an der laufenden Diskussion zu geeigneten Anreizen für den effizienten Zubau neuer Kraftwerkskapazitäten auf der Bundesebene beteiligen – etwa im Rahmen der Diskussion um ein künftiges Strommarktdesign.

Einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit leisten die dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der chemischen Industrie. Die **bedeutende Rolle der KWK** sollte deswegen weiter gewürdigt und entsprechend gefördert werden. Dazu gehört auch die weitere und intensiviertere Unterstützung beim „Fuel Switch“ industrieller Kraftwerke – also der Umstellung auf neue Energieträger.

Die industrielle Wärmewende darf bei der Energiewende nicht vernachlässigt werden. Stattdessen muss sie fundiert mitgedacht werden, um die Treibhausgas-Reduktionsziele erreichen zu können.

Ein hervorragender Ansatzpunkt für die Befassung mit den komplexen Fragestellungen der Erneuerbaren-Erzeugung und -Nutzung sowie der sicheren Versorgung ist auf Landesebene die Energieversorgungsstrategie.

Aus Sicht des VCI NRW sollte die NRW-Energieversorgungsstrategie kontinuierlich und weiterhin unter umfassender und systematischer Stakeholderbeteiligung fortgeschrieben werden.

Eine kontinuierlich anzupassende Versorgungsstrategie schafft einerseits die Voraussetzung dafür, auf die dynamische Entwicklung des Bundes- und EU-Klima-/Energierichtsrahmens in NRW zu reagieren. Andererseits ermöglicht dieser Prozess, Impulse nach Berlin und Brüssel zu senden, um so auf eine bestmögliche Versorgung der NRW-Industrie hinzuwirken.

c. Wasserstoffwirtschaft aufbauen und trilateral denken

Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft ist für die Chemieindustrie in NRW ein zentraler Baustein zur Erreichung von Treibhausgasneutralität. Er stellt zudem einen wichtigen Beitrag zur Integration erneuerbarer Energien in das deutsche Energieversorgungssystem und zur Kopplung der Sektoren dar. Auch die Nutzung alternativer Rohstoffquellen wie CO₂ (Carbon Capture und Utilisation, CCU) erfordert mit langfristigem Zeithorizont regenerativ erzeugten Wasserstoff.

Eine neue Landesregierung muss den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in NRW weiter unterstützen.



Dabei sollten insbesondere folgende Eckpunkte beachtet werden:

- Wegen des hohen Bedarfs von H₂ sollte jede Technologie, die sich zur treibhausgasarmen Herstellung von Wasserstoff eignet, gefördert werden. Alternative Wasserstoffquellen, wie beispielsweise die Chlor-Alkali-Elektrolyse, Methanpyrolyse sowie Dampfreformierung oder andere Prozesse unter Einsatz von Biogas und/oder CCS-/CCU-Technologie (Speicherung/ Nutzung des entstehenden Kohlendioxids) sollten der Wasserelektrolyse regulatorisch gleichgestellt werden. Entscheidend ist nicht der Erzeugungsweg, sondern der CO₂-Fußabdruck der Wasserstoffherstellung.

- Erdgas wird in der chemischen Industrie auch als Rohstoff eingesetzt. Viele Anwendungsprozesse in der Industrie stellen hohe Anforderungen an die Reinheit des eingesetzten Rohstoffs. Die Beimischung von Wasserstoff zum Erdgas muss daher begrenzt werden, wenn im Verteilnetz sensible Anlagen der chemischen Industrie angeschlossen sind.
- Darüber hinaus muss der Auf- und Ausbau reiner Wasserstoffinfrastrukturen vorangetrieben werden, um eine gesicherte stoffliche Nutzung von Wasserstoff zu ermöglichen, den wichtigen Technologiewandel zu unterstützen und die zuvor erwähnte Problematik von für die Chemie und weiteren Industrie-Branchen kritischen Wasserstoffbeimengungen zu mindern.
- NRW sollte die bereits existierenden H₂-Infrastruktur-Projekte und Initiativen unterstützen, wie etwa das Projekt GetH₂ zur Verbindung NRWs mit dem windreichen Norden oder die Pipeline-Initiative im Rahmen der trilateralen Strategie zwischen Flandern, Niederlande und NRW zur besseren Anbindung NRWs an die Westhäfen Antwerpen und Rotterdam. Diese Projekte bilden den Nukleus für die Entwicklung einer bundesweiten und trilateralen Wasserstoffinfrastruktur.
- Zentral wichtig ist dabei eine deutliche Beschleunigung der Planung und Genehmigung von Pipeline-Projekten, damit die Zeiträume für die Realisierung solcher wichtiger Infrastrukturen an die zunehmende Dynamik des Transformationsprozesses angeglichen werden können. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen alternative Wege der Netzplanung beschritten werden, wie etwa eine frühzeitige planerische Reservierung von Trassen für neue Pipelineverbindungen. Nordrhein-Westfalen sollte hier ein wesentlicher Impulsgeber sein und im Rahmen einer Stakeholderbefassung Ideen für die bundes- und europäische Debatte entwickeln.
- Gerade in der Markthochlaufphase verfügen nicht alle Standorte, bei denen H₂ eingesetzt werden soll, über einen physischen Zugang zur Wasserstoffinfrastruktur. Daher brauchen wir einen bilanziellen Wasserstoffzugang über europäisch handelbare und technologieneutrale Herkunftsnachweise. Dieser Weg ist vor allem für die Zukunft eines Industriestandortes wie Nordrhein-Westfalen mit seiner „Hinterlandlage“ von herausragender Bedeutung.
- Für die Realisierung des Markthochlaufs treibhausgasarmen Wasserstoffs muss u. a. der energiewirtschaftsrechtliche Regelungsrahmen angepasst und optimiert werden. Für die Wirtschaftlichkeit einer strombasierten Wasserstofferzeugung aus Erneuerbaren Energien ist etwa ein sinkender Strompreis essenziell. Hierfür ist die Abschaffung der EEG-Umlage ein großer, aber noch nicht hinreichender Schritt. Es bedarf einer Reduktion bzw. Abschaffung der weiteren staatlichen Strompreisbestandteile. Zudem ist es bedeutsam, die neu entstehende Wasserstoff-Infrastruktur zu regulieren - mit Übergangsregelungen für bestehende Netze - um den diskriminierungsfreien Zugang zu gewährleisten und zu vermeiden, dass Monopolstellungen ausgenutzt werden. Zuletzt: Der bilanzielle Bezug von Grünstrom über Herkunftsnachweise muss als Kriterium ausreichend sein für die Erzeugung grünen Wasserstoffs. Das ermöglicht auch die Herstellung abseits der windreichen Küstenregionen, wie bspw. in Nordrhein-Westfalen.
- Die EU-Wasserstoffstrategie sieht Forschungs- und Entwicklungsförderung für viele wesentliche Elemente einer Wasserstoffwirtschaft vor. Entsprechende Förderprogramme von EU und Bund müssen zügig anlaufen und nach Möglichkeit durch Förderinstrumente auf Landesebene ergänzt werden.
- Um den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft durch innovative Technologien erreichen zu können, ist insbesondere industrielle Forschung und Entwicklung zur Implementierung notwendig. Hierfür sind neue Förderprojekte für industriennahe Forschung und Materialerprobung wie „Reallabore“ effektiv umzusetzen.

d. Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Für die Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzziele sind die Beiträge der chemischen Industrie von herausragender Bedeutung: Die NRW-Chemie entwickelt innovative Produkte und Systemlösungen, die zur Transformation der weiteren Wertschöpfungskette beitragen. Die hierfür erforderliche Leistungsfähigkeit setzt den durchgehenden Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit voraus.

Energiepreise sind dafür ein entscheidender Hebel. In der VCI-Studie „Roadmap Chemie 2050“ von 2019 haben sich die Energiepreise als jener Faktor herausgestellt, mit dem größten Einfluss auf eine frühere, wirtschaftliche Einführung neuer – vorwiegend auf Elektrifizierung setzender – treibhausgasarmer Technologien in der Grundstoffchemie. Eine Abschaffung der EEG-Umlage ist vor diesem Hintergrund sinnvoll, richtig und überfällig. Sie löst das Problem allerdings nicht auf. Bereits 2021 und dramatisch beschleunigt durch den Ukraine-Krieg sind die Energiepreise enorm gestiegen. **Umfassendere, wettbewerbserhaltende Instrumente wie ein Industriestrompreis sind deswegen aus Sicht der NRW-Chemie dringend geboten.**

Zudem können Investitionen in klimafreundliche Produktionstechnologien und ihr Betrieb in der Transformation nicht von der Industrie allein geschultert werden. Ein zielführend ausgestalteter Rahmen für sogenannte **Klimaverträge** (Carbon Contracts for Difference, CCfD) kann die höheren Investitionsbedarfe und Betriebskosten klimaneutraler Technologien abfedern und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Nicht zuletzt ist der Erhalt von Maßnahmen zum **Carbon-Leakage-Schutz** existentiell für die Branche. „Carbon Leakage“ meint dabei, dass Industrien durch höhere CO₂-Preise aus der EU abwandern. Emissionen werden dann nicht gesenkt, sondern lediglich verlagert. So kommt etwa mit dem Auslaufen des Energiesteuer- Spitzenausgleichs Ende dieses Jahres einer Nachfolgeregelung eine große Bedeutung zu. Sowohl im Sinne der politisch gewollten Strompreissenkung als auch im Sinne der vereinfachten Abwicklung sollte hier auf den europäisch definierten Mindeststeuersatz zurückgegriffen werden.

Beim Carbon Leakage-Schutz ist wichtig, dass auch Unternehmen berücksichtigt werden, die unmittelbare produktionsbezogene Dienstleistungen für die Chemieindustrie erbringen (bspw. Chemieparcs).

Die Landespolitik sollte sich im Sinne des Industriestandortes NRW auf EU- und Bundesebene für transformationsgerechte Rahmenbedingungen einsetzen. Für eine erfolgreiche Transformation sind wettbewerbsfähige Energiepreise bspw. über einen Industriestrompreis, Förderinstrumente wie etwa Klimaschutzverträge (CCfD) und der Erhalt der Carbon Leakage-Instrumente von entscheidender Bedeutung.

e. Akzeptanz durch Dialog und Diskurs

Ein guter rechtlicher Rahmen ist nicht alles: Insbesondere mit Blick auf die großen Anstrengungen, die für eine Transformation der Industrie als gesamtgesellschaftlicher Prozess erforderlich sind, kommt hinzu, dass alle gesellschaftlichen Gruppen diesen Transformationsprozess möglichst weitgehend mittragen. Nur so lässt sich die Akzeptanz für den Wandel sichern. Als VCI NRW engagieren wir uns deswegen im „KlimaDiskurs.NRW“. Diese Initiative vernetzt Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und hat sich zum Ziel gesetzt, das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass effektiver Klimaschutz mit der Sicherung des Industriestandortes NRW Hand in Hand gehen müssen.

Durch die Arbeit von KlimaDiskurs.NRW wird zwischen den beteiligten Akteuren ein besseres Verständnis für die jeweiligen Perspektiven auch zu kontroversen Themen des Transformationsprozesses geschaffen, Vertrauen zwischen den Akteuren aufgebaut und dadurch die Grundlage für eine Konfliktentschärfung geschaffen wird.

Die Landespolitik sollte die Fortführung der Arbeit des KlimaDiskurs NRW als wichtigen Baustein des Transformationsprozesses unter Wahrung der Unabhängigkeit des Vereins finanziell unterstützen. Die Wahrung der Unabhängigkeit des Vereins ist dabei eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Aufgabe der Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz erfolgreich gemeistert werden kann.

2. Circular Economy auf den Weg bringen

Die Grundprodukte der chemischen Industrie beruhen auf Kohlenstoff. Er wird für die Herstellung der meisten Produkte der chemischen Industrie gebraucht. Bisher kommt der Kohlenstoff ganz überwiegend aus fossilen Quellen. Auf dem Weg zur Klimaneutralität und zu noch höherer Ressourceneffizienz muss die Chemie diese fossilen Quellen immer stärker auf sekundäre Rohstoffe umstellen, die über eine Kreislaufführung so oft wie möglich wieder verwendet werden.

Die neuen Kohlenstoffquellen der Chemie werden eine verstärkte Nutzung von Biomasse und recyceltem Kunststoff sowie zunehmend auch die Nutzung von CO₂ sein. Während die Chemie Kohlenstoff für ihre Produktion braucht, gibt es andere Industriezweige, in denen CO₂ nicht ganz vermieden werden kann. Dieses nicht vermeidbare CO₂ kann eine weitere wichtige Kohlenstoffquelle für die chemische Industrie darstellen und bietet die Chance, Kreisläufe zu schließen.

a. Carbon Management Strategie weiterentwickeln

In einer zunehmend klimaneutralen Gesellschaft werden wir die nachhaltige Nutzung von Kohlenstoffen aus Biomasse, organischen Abfällen oder kunststoffhaltigen Abfällen sowie die Speicherung, den Transport und die Nutzung von CO₂ neu organisieren müssen. Die Carbon Management Strategie NRW ist die erste Analyse, die sich systematisch und aus einem strategischen Blickwinkel mit den sich stellenden Aufgaben befasst.

Die Carbon Management Strategie muss in der neuen Legislaturperiode weiterentwickelt und verstärkt in die Umsetzungsphase geführt werden.

Für den Wechsel von einer linearen, überwiegend auf fossilen Kohlenstoffen (Öl, Gas) hin zu einer auf Kreislaufführung erneuerbarer Kohlenstoffe beruhenden Produktion braucht die chemische Industrie neue in einem industriellen Maßstab nutzbare Verfahren. Diese neuen Technologien sind derzeit oft nur im Labor- oder Technikumsmaßstab erprobt.

b. Aufskalieren neuer Technologien unterstützen

Um diese neuen Technologien in der industriellen Produktion einsetzen und dadurch die Kohlenstoffe im Kreislauf führen zu können, werden Upscaling-Anlagen benötigt, um die Technologien aus einem Labor- oder Technikumsmaßstab für eine industrielle Nutzung entwickeln zu können.

Die Landesregierung sollte die Errichtung von Upscaling-Anlagen für die zirkuläre Nutzung erneuerbarer Kohlenstoffquellen technologieoffen fördern.

c. Abfallrecht zirkulär ausrichten

Das chemische Recycling von Kunststoffabfällen ist eine wichtige Ergänzung der bestehenden Recyclingverfahren, durch die eine deutliche Steigerung der nationalen und europäischen Recyclingquoten erreicht werden kann. Denn durch chemisches Recycling lassen sich Kunststoffabfälle recyceln, die bisher nicht recycelt werden konnten. Eine zentrale Voraussetzung ist die Anerkennung chemischer Recyclingverfahren als Recycling im abfallrechtlichen Sinne. Unter der gesetzlich vorgegebenen Abfallhierarchie, wonach Abfälle immer dem ökobilanziell besten Verwertungsweg zuzuführen sind, kann das chemische Recycling ein wichtiger Bestandteil der Klimaschutzstrategie der Branche werden und Stück für Stück zu mehr Recycling und weniger energetischer Verwertung führen. Die Ankündigung im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, das chemische Recycling als Recyclingoption ins Verpackungsgesetz zu übernehmen, ist ein erster wichtiger Schritt hierfür.

Die Landesregierung muss sich im Bund wie in der EU dafür einsetzen, dass chemische Recyclingverfahren auf die gesetzlichen Recyclingquoten angerechnet werden, um Anreize für die notwendigen Investitionen zu setzen. Nur mit der Ergänzung mechanischer um chemische Recyclingverfahren können nationale und europäische Recyclingziele erreicht und so ein essenzieller Beitrag zum Erreichen des Ziels der Treibhausgasneutralität geleistet werden.

3. Innovationspotentiale von NRW nutzen

Mit der Vielzahl hoher wissenschaftlicher Exzellenz in Hochschulen und Forschungseinrichtungen kombiniert mit einer Industriedichte, die in Europa ihres gleichen sucht, bietet NRW große Innovationspotentiale, die bestmöglich genutzt werden sollten.

a. Reallabore ermöglichen

Die Bedeutung von Demonstrationsprojekten, realitätsnahen Technologietests und der Erprobung neuer Konzepte in einem systemischen Ansatz sind aufgrund der komplexen Aufgaben der klimaneutralen Transformation stetig gewachsen. Insbesondere Unternehmen in Wertschöpfungsketten, die auf energieintensiven Produktionen basieren, sind darauf angewiesen, solche zukunftsweisenden Technologien und Konzepte in einem Umfeld zu erproben, in dem regulatorische Rahmenbedingungen zeitweilig und abhängig von dem jeweiligen Technologieprojekt außer Kraft gesetzt sind. Nur so lässt sich das hohe Risiko von privatwirtschaftlichen oder staatlichen Fehlinvestitionen vermindern und die Entwicklung beschleunigen. Derartige Reallabore sind zudem besonders dafür geeignet, zu lernen, wie sich der regulatorische Rahmen an die neuen Notwendigkeiten anpassen muss.

NRW muss sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass kurzfristig ein gesetzliches Rahmenkonzept für solche Reallabore mit gesetzlicher Experimentierklausel geschaffen wird und zwar für alle Transformationsfelder.

b. Förderverfahren vereinfachen

Die Strukturfördermittel für das Rheinische Revier bieten für NRW eine einmalige Möglichkeit, die marktnahe Entwicklung neuer Technologien und Konzepte mit systemischem Ansatz u.a. für die klimaneutrale Entwicklung des Industriestandortes NRW voranzutreiben, diese in der Modellregion Rheinische Revier beispielhaft für ganz NRW umzusetzen und an der Umsetzung zu lernen. Das aktuelle äußerst komplexe Fördersystem behindert die optimale Nutzung dieser Möglichkeiten, insbesondere auch für KMUs.

Die grundsätzlich richtige Eingrenzung der Projekte auf den Wirkungsraum im Revier droht zudem eine Übersättigung der aktiven Revier-Firmen. Viele der aktuellen Probleme ließen sich durch speziell für den Strukturwandel ausgerichtete Förderrichtlinien beseitigen, die die Komplexität reduzieren und niederschwellige Angebote für KMUs vorsehen.

Zusammen mit der Möglichkeit des vorstehend beschriebenen Instrumentes von Reallaboren ließe sich für NRW ein Motor praxisgerechter Transformation anwerfen, der gleichzeitig neue wirtschaftliche Strukturen im Rheinischen Revier entstehen lässt.

Die Förderverfahren für die Nutzung der Strukturmittel für das Rheinische Revier müssen umgehend vereinfacht und für eine effektivere Nutzbarkeit der Fördermittel angepasst werden.



4. Planungs- und Genehmigungsverfahren fit für die Transformation machen

Eine erfolgreiche Transformation hängt auch davon ab, dass die klimaneutralen Prozesse durch die Industrie rechtzeitig eingeführt werden. Ein wesentlicher Faktor dafür sind hinreichend schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren.

a. Industrietransformation nicht vergessen

Transformation bedeutet nicht nur die Bereitstellung von grünem Strom, sondern vor allem die notwendige Anpassung und Änderung aller Industrieanlagen. Die Transformation wird dazu führen, dass schon jetzt die Zahl der Verfahren zur Änderung von Anlagen oder auch Neuanlagen sehr schnell sehr stark steigen wird.

Die Beschleunigungsinitiative des Bundes muss auf die Transformationsaufgaben der Industrie ausgeweitet werden, damit auch die hier steigende Zahl immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren zeitnah bearbeitet werden kann.

Generell müssen alle verfahrensbeschleunigenden Regelungen, die zur Realisierung der Transformation erlassen werden, für alle Verfahren gelten und nicht nur für solche mit Zusammenhang zur Transformation.

b. Optimierungspotentiale nutzen und Hemmnisse beseitigen

Schon jetzt könnten kurzfristig Verfahren zügiger durchgeführt werden, wenn die Beschleunigungsmöglichkeiten des bestehenden Planungs- und Genehmigungsrechts (vor allem des Bundesimmissionsschutzgesetzes) konsequent genutzt würden. In einem neuen Genehmigungsleitfaden des NRW-Umweltministeriums für Behörden und Antragsteller ist ein wesentlicher Teil dieser Beschleunigungsmöglichkeiten herausgearbeitet und zur Nutzung vorgegeben worden.

Darüberhinausgehend bedarf es einer Analyse von Hemmnissen sowie Möglichkeiten zur Vereinfachung und Effizienzsteigerung im bestehenden Bundesrecht. Für die sich daraus ergebenden Optimierungsmöglichkeiten sollten konkrete Vorschläge zur Änderung des Bundesrechts formuliert und in einer Bundesratsinitiative des Landes NRW aufgegriffen werden. Neben den kurzfristig wirkenden Optimierungen müssen die Verfahrensdauern auch mittel- und langfristig noch weiter verkürzt werden. Denn nur über weitere massive Bemühungen zur Entlastung jedes einzelnen Genehmigungsverfahrens wird sich die im Rahmen der Transformation zu Klimaneutralität stark ansteigende Zahl von Genehmigungsverfahren bewältigen lassen.

Es bedarf einer Analyse der Verfahrenshemmnisse sowie Möglichkeiten zur Vereinfachung und Effizienzsteigerung von Genehmigungsverfahren im bestehenden Bundesrecht, der Ausarbeitung konkreter Vorschläge zu ihrer Beseitigung bzw. Umsetzung und einer Bundesratsinitiative von NRW zur entsprechenden Änderung insbesondere des BImSchG.



c. Chancen der Digitalisierung ergreifen

Die Digitalisierung von Genehmigungsverfahren wird zu einer deutlichen Beschleunigung der Verfahren führen. Voraussetzung ist, dass die eingebundenen Behörden mit der notwendigen Hard- und Software ausgestattet und untereinander vernetzt sind.

NRW muss umgehend digitalisierte immissionsschutzrechtliche Fachverfahren entwickeln, die beteiligten Behörden mit der erforderlichen Technologie ausstatten und die so digitalisierten Fachverfahren breitflächig zur Anwendung bringen.

Hier darf es keine weitere Verzögerung durch konterkarierende Bundesgesetze oder unklare Zuständigkeiten auf Landes- oder Bundesebene mehr geben: NRW sollte mit einem voll digitalisierten immissionsschutzrechtlichen Fachverfahren den ersten Schritt tun und damit eine Blaupause für andere Bundesländer anbieten.

Das Wirtschaftsserviceportal (WSP) in NRW ist als zentrales Portal für alle Verfahren bzw. Verwaltungsdienstleistungen zu nutzen, u.a. auch für die Anträge für Neu- oder Änderungsgenehmigungen von Industrieanlagen.

Die Verpflichtung des Online Zugangsgesetzes (OZG), einen Onlinezugang für Antragsstellungen zu schaffen, darf weder den eilbedürftigen Digitalisierungsprozess immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren beeinträchtigen, noch die Erarbeitung effizienter und Medienbruch freier digitalisierter Fachverfahren ausbremsen.

Aus diesem Grund ist eine Übernahme des Tools ELiA strikt abzulehnen. Statt dessen sollten die schon jetzt vorliegenden Ergebnisse der Modellprojekte aus verschiedenen Bezirksregierungen in NRW weiter entwickelt und im Wirtschafts-Service-Portal eingebunden werden.

Die Regelungen des BImSchG und der nachrangigen Verordnungen stammen aus dem analogen Zeitalter und müssen auf die speziellen Anforderungen digitaler Verfahren angepasst werden. Beispielsweise muss bei Anlagen-Änderungen oder -Neugenehmigungen vermieden werden, dass zu schützende Informationen digital verfügbar sind – nicht nur Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse oder Knowhow sondern auch sicherheitsrelevante Informationen.





**Zukunft braucht
Chemieinnovationen!**

1. EU-Chemikalienstrategie nachhaltig gestalten

Die EU-Kommission hat im Oktober 2020 ihre „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit“ (CSN) veröffentlicht. Sie ist Teil des „Green Deals“ und beinhaltet die Überarbeitung und Verschärfung großer Teile des bewährten Chemikalienrechts.

Geplant ist ein Paradigmenwechsel: Gefährliche Stoffe sollen allein aufgrund ihrer Gefahren-Merkmale verboten bzw. eingeschränkt werden. Damit wird das auch aus Sicht der Kommission bewährte Prinzip der Risikobewertung von REACH in Frage gestellt, bei dem die **sichere Verwendung** von Stoffen im Zentrum steht. Die Kommission plant diesen grundlegenden Ansatz bis Ende 2022 weiter zu konkretisieren.

Ergebnisse erster Gutachten mahnen, dass bis zu einem Drittel des Produkt-Portfolios der EU-Chemieindustrie durch diesen Systemwechsel betroffen sein könnte. Sollte die CSN in der vorgeschlagenen Form umgesetzt werden, wird sich die Zahl verfüg- und nutzbarer Chemikalien in Europa deutlich verringern. Die Folge wären massive Beeinträchtigungen in den nachgeschalteten Lieferketten, im Handwerk und im produzierenden Gewerbe. Es droht der Abbruch ganzer Herstellungskapazitäten in der EU, weil Herstellung und Import verboten würden, vor allem auch für Stoffe, die beispielsweise benötigt werden für Materialien für moderne Dämmstoffe, für H₂-Technologie, Solar- und Windkraftanlagen, für Energiespeicher und E-Mobilität, aber auch für die Wirkstoffherstellung. Damit brechen nicht nur Herstellungskapazitäten der Stoffe selbst sondern ganze Produktherstellungsketten weg.

Erhebliche wirtschaftliche und soziale Kosten durch Umsatz- und Arbeitsplatzverluste sowie massiver regulatorischer Mehraufwand allein für die europäische Chemie sind zu befürchten. Die Auswirkungen auf anschließende Wertschöpfungsketten sind dabei noch gar nicht mit einbezogen.

Chemikalienvielfalt ist eine Grundvoraussetzung für innovative Lösungen, da die gewünschten Funktionalitäten bzw. Reaktivitäten chemischer Stoffe oft untrennbar mit deren gefährlichen Eigenschaften verbunden sind.

Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das im Rahmen des Green Deal überarbeitete europäische Chemikalienrecht auch künftig die sichere Verwendung von Stoffen mit gefährlichen Eigenschaften zulässt. Das bewährte Konzept der wissenschaftlichen Risikobewertung muss deshalb erhalten bleiben.

Wir brauchen mit Blick auf die Transformation Planbarkeit für wirtschaftliche Investitionen und einen klaren Übergangsrahmen für die chemische Industrie. Dafür bedarf es einer Priorisierung der verschiedenen Vorhaben aus dem Green Deal und eines für die chemische Industrie umsetzbaren Transformationspfades.

1. Priorität hat der Klimaschutz und die Zirkularität als wichtigem Baustein, da unser Beitrag zur Lösung des Klimawandels die eindeutig wichtigste Aufgabe ist.

2. Ebenso prioritär ist die Digitalisierung, da sie zwingend notwendig ist, um die Leistungsfähigkeit der Industrie zu erhalten.

3. Um die chemische Industrie nicht zu überfordern, sollten wir uns dagegen bei der Chemikalienstrategie konzentrieren auf

a. die Weiterentwicklung von REACH gemäß den Ergebnissen der Überprüfung durch die Europäische Kommission,

b. das Auflegen einer starken Forschungsagenda für die Entwicklung von Substituten für Stoffe mit bestimmten nicht akzeptierten Eigenschaften und einem ausreichenden Zeitraum für die Umsetzung dieser Forschungsagenda,

c. und insgesamt eine auf Förderung von Wachstum und Innovation ausgerichtete Politik der EU.

2. Startup-Dynamik nutzen

Die breite und exzellente Hochschullandschaft in NRW bildet viele hochqualifizierte und entwicklungsfreudige Studenten aus, von denen nicht wenige im Rahmen ihrer Forschungstätigkeit innovative Ansätze entwickeln, aus denen sich erfolgreiche neue Geschäftsmodelle ergeben können, die oft auf Lösungsbeiträge für die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft abzielen. Im Gegenzug erfordert der Transformationsprozess der chemischen Industrie Innovationen in bislang nie dagewesener Anzahl und Geschwindigkeit.

Die Innovationsquelle unserer Studenten und Wissenschaftler sollte für die Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik bestmöglich genutzt werden. Mit den vielen Unternehmen breit aufgestellten industriellen Wertschöpfungsketten bietet Nordrhein-Westfalen eine hervorragende Ergänzung dieser wissenschaftlich basierten Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. In den letzten Jahren wurden viele wichtige Maßnahmen für die Stärkung der Gründungsdynamik von Startups aus den Hochschulen heraus umgesetzt. Die Startup-Exzellenzentren seien hier nur beispielhaft angeführt.

In der nächsten Legislaturperiode muss die Förderung der Gründungsdynamik weitergeführt und noch verstärkt werden.

Wichtig ist insbesondere:

1. Die Offenheit und Begeisterung für Gründungen bei Studenten, Wissenschaftlichen Mitarbeitern, Promovenden und Hochschullehrern, insbesondere in den Naturwissenschaften, weiter zu fördern.
2. Die Fortführung und Weiterentwicklung der Initiative Exzellenz Startup-up Center NRW (ESC) an den Universitäten in NRW, die als Keimzelle jedes Jahr viele innovative Startups hervorbringen. Darüber hinaus sollten branchen- und fachspezifische Programme zur Unterstützung von Startups fortgeführt und weiterentwickelt werden, die die ESC Initiative sinnvoll ergänzen.
3. Die Schaffung neuer Labor- und Forschungsfläche, um innovativen und wissensbasierten Startup-, Forschungs- und Technologieunternehmen den nötigen Raum und Infrastruktur für eine erfolgreiche Entwicklung zu bieten.
4. Eine transparente, einheitliche und gründerfreundliche Regelung zur Übertragung von geistigem Eigentum (IP) in Startups aus den Universitäten und Forschungseinrichtungen, um unnötige Hürden im Gründungsprozess zu vermeiden.
5. Die Förderung der frühphasigen Zusammenarbeit zwischen Startups und etablierten Unternehmen durch geeignete Förderprogramme, um die Anzahl der Kooperationen zwischen Startups und etablierten Unternehmen zu steigern und somit mehr neue Technologien, Geschäftsmodelle und Ideen am Markt zu erproben.



3. Möglichkeiten der Bioökonomie für NRW nutzen

Die biobasierte Wirtschaft bietet große Chancen für eine nachhaltige und klimaneutrale Entwicklung, die in Nordrhein-Westfalen genutzt werden sollten, sei es in der Land- und Forstwirtschaft, der Nahrungs- und Futtermittelindustrie, der Pharmazie oder der Chemie.

Die besonderen Möglichkeiten biotechnologischer Anwendungen bestehen in der Medizin darin, bisher unheilbare Krankheiten nicht nur zu therapieren, sondern nachhaltig zu besiegen. In der Landwirtschaft geben uns neue Züchtungsmethoden verschiedenste Möglichkeiten für eine erfolgreiche und nachhaltige Anpassung an klimatische Veränderungen.

In der Chemie bieten biotechnologische Verfahren die Möglichkeit, die bisher überwiegend fossile Rohstoffbasis durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe aber auch organischer Abfälle zu ersetzen und so ebenfalls einen wichtigen Beitrag für eine treibhausgasneutralere chemische Industrie zu leisten.

Nordrhein-Westfalen hat durch exzellente Hochschulen und die erforderlichen industriellen Wertschöpfungsketten beste Voraussetzungen dafür, dieses Potential nutzbar zu machen. Kein anderes deutsches Bundesland verfügt über eine solch hohe Anzahl an Exzellenzclustern insbesondere im LifeScience-Bereich wie Nordrhein-Westfalen.

Seit langem ist NRW etwa die führende Region für Stammzellforschung in Deutschland, mit Münster, Bonn und Köln als wichtigste Zentren. Die „Geburtsstätte der Pflanzen-Biotechnologie“ liegt am Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln. Weitere Exzellenzinitiativen und Cluster (z.B. CEPLAS und CECAD) unterstreichen die dynamische Entwicklung in NRW als pharmakologischen Wissenschaftsstandort.

Im Bereich der industriellen Biotechnologie haben sich die zahlreichen nordrhein-westfälischen Unternehmen, Startups, Hochschulen und Investoren in dem Cluster Industrielle Biotechnologie (CLIB) zu einem international anerkannten Kompetenznetzwerk entwickelt.

Um die besonderen Möglichkeiten einer biobasierten Wirtschaft in der nächsten Legislatur noch stärker zu nutzen, sollte die Landesregierung eine zielorientierte Strategie für die Entwicklung der Bioökonomie in NRW ausarbeiten. Technologieoffenheit und der Nutzen für eine nachhaltige Entwicklung sollten der Maßstab sein.

In der nächsten Legislaturperiode muss NRW noch stärker die Möglichkeiten nutzen, die die vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Biotechnologie bieten.

Wichtig ist insbesondere:

- 1. Angemessene Gesetzgebung für neue Züchtungsmethoden**
Neue Züchtungsmethoden, wie die Genom-Editierung können die Entwicklungszeit neuer Pflanzensorten auf weniger als die Hälfte der derzeitigen Laufzeit von 15 Jahren verkürzen. So können sich Pflanzenzüchter und Landwirte besser an die sich rasch ändernden klimatischen, ökologischen und sozioökonomischen Bedingungen anpassen.
- 2. Klinische Forschungslandschaft stärken**
Die Sicherung der Versorgung mit den innovativsten Medikamenten fängt bei der Schaffung eines robusten Umfelds für Forschung und Entwicklung an. Unnötig komplexe Vorgaben und schwierige Genehmigungsverfahren führen insgesamt dazu, dass immer mehr Studien in anderen Ländern durchgeführt werden. Eine Stärkung der klinischen Forschung in NRW bringt nicht nur einen frühen Zugang zu den innovativsten Therapien. Dort wo geforscht wird, findet auch später häufig die Herstellung statt.

Der Pharmadialog NRW sollte sich in seiner Fortführung weiterhin um Verbesserungen in der klinischen Forschung, beispielsweise durch Musterverträge und die Einführung einheitlicher Datenschutz- und Ethikvorgaben einsetzen.

3. Skalierung der Bioökonomie

Die Demonstration und Skalierung von Prozessen nimmt eine Schlüsselrolle ein, um den Sprung von der Forschung und Entwicklung in die kommerzielle Anwendung zu ermöglichen. Das in Planung befindliche Bio Scale-Up Center NRW, das vom Land mit 30 Mio. EUR unterstützt wird, soll ein wichtiger Baustein werden, um diese Skalierung in den Produktionsmaßstab umzusetzen. Die Integration der in NRW vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Expertise in den Bereichen Anlagenbau, Materialwissenschaften und Produktion bietet hierfür optimale Voraussetzungen. Auch hier bietet der Strukturwandel im Rheinischen Revier eine hervorragende Chance, das Konzept der Bioökonomie in der wirtschaftlichen Realität zu verankern und zu skalieren.

Wir benötigen öffentlich geförderte Strukturen für Demonstration und Skalierung biotechnologischer Prozesse.

4. Anreize durch öffentliche Beschaffung setzen

Ähnlich wie bereits in anderen Bundesländern sollte auch in Nordrhein-Westfalen das Kriterium „Nachhaltigkeit“ - im Sinne des Dreiklangs von Ökologie, Ökonomie und Soziales - in Vergabeprozessen positiv berücksichtigt werden. Im Bereich der öffentlichen Beschaffung sollten Schulungsangebote auf Landes- und Kommunalebene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beim Thema Nachhaltigkeit sensibilisieren.

Nachhaltigkeitskriterien sollten in Vergabeprozessen eine Rolle spielen.

5. Biomasse in Kaskaden nutzen

Da Biomasse limitiert ist, sollte sie in Kaskaden genutzt werden. Hierbei muss die stoffliche Nutzung am Anfang stehen.

Nordrhein-Westfalen sollte sich in Berlin und Brüssel dafür einsetzen, dass die stoffliche Verwertung von Biomasse der energetischen gleichgestellt wird.

Eine energetische Verwertung sollt erst am Ende der Produktlebenszyklen stehen, um so auch Konzepte der Kreislaufwirtschaft bestmöglich zu nutzen.

Invention

Creativity

R

C

A hand is pointing towards a central blue hexagon. The hexagon is part of a larger grid of white-outlined hexagons. The word 'INNOVATION' is written in white, bold, uppercase letters across the center of the blue hexagon. The background is a blurred image of a hand pointing.

INNOVATION

Idea

Deve

Research

Exp

Improvement

Concept



Standort stärken!

1. Chancen des Industriestandortes nutzen – Industriepolitische Leitbild weiterentwickeln

In einem gewachsenen Industrieland wie NRW ist Wirtschaftspolitik das Querschnittsthema der gesamten Landesregierung. Es bedarf daher eines ressortübergreifenden Bekenntnisses zum Industrie-Standort NRW und eines gemeinsam getragenen Verständnisses, wie auch in Zukunft die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherung der Gesellschaft gewährleistet werden kann.

Das industriepolitische Leitbild ist übergreifend weiterzuentwickeln und in allen Ressorts umzusetzen. Es bedarf einer klaren Kommunikation, dass die Mammutaufgabe der Transformation eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist.

Die chemische Industrie in NRW benötigt Unterstützung der Landesregierung bei der Erfüllung der Aufgaben, die die Transformation hinsichtlich der parallelen Energie- und Rohstoffwende erfordert. Die NRW-Landesregierung muss mit einer starken Stimme in Berlin und Brüssel dafür zu sorgen, dass die gesetzten Ziele des Green Deal nicht zu einer Deindustrialisierung führen.



2. Die Gesellschaft braucht eine starke MINT-Bildung

Die chemische und pharmazeutische Industrie ist nicht nur auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen. In einer Welt, die immer technologischer wird und die Themen immer komplexer werden, wird die Fähigkeit der Bürger immer wichtiger, neue Technologien und Entwicklungen aufgrund einer eigenen Bewertungskompetenz beurteilen zu können.



Aus diesem Grund wird die MINT-Bildung in der gesamten Bildungskette immer wichtiger. Naturwissenschaftliche Fächer sind Nebenfächer, was zur Folge hat, dass in den Klassenstufen 5 bis 7 eine Benotung oftmals rein auf mündlicher Beteiligung und Heftführung erfolgt.

Überprüfungen und Tests sind somit nicht zwingend erforderlich, was sich erst ab der Jahrgangsstufe 8 und dem Wahlpflichtbereich ändert.

Um der Ernsthaftigkeit der Befassung mit Naturwissenschaften gerechter zu werden, wäre es ein wichtiges Signal im jährlichen Wechsel ein naturwissenschaftliches Fach in den Status eines Hauptfaches zu stellen. Dies würde in den Jahrgängen 5 bis 7 zwischen Biologie, Chemie und Physik wechseln, da es auch nicht das Ziel sein soll die naturwissenschaftlichen Fächer vom Grundsatz her zu Hauptfächern zu machen.

Deshalb plädieren wir im schulischen Bereich dafür:

- **MINT-bezogene frühkindliche Ausbildung in den Kindergärten auszubauen.** Dabei sind auch Anteile aus der unbelebten Natur im Sachunterricht wichtig und legen den Grundstein für das Verständnis in den Fächern Physik und Chemie in der SEK I/II.
- **Mehr (Schüler-)Experimente im naturwissenschaftlichen Unterricht durchzuführen.** In der Bildung wird nicht ohne Grund vom „begreifen“ gesprochen. Insbesondere in den Naturwissenschaften ist das selbst durchgeführte Experiment unerlässlich, um über das „begreifen“ und selbst experimentieren den Forschergeist von Schülerinnen und Schülern zu wecken.
- **Ganztagsschulangebote mit pädagogischen Konzepten zur Förderung und Betreuung von lernschwächeren sowie von leistungsstärkeren Schülern sind, gerade in MINT-Fächern, auszuweiten.**
- **Den Stundenanteil der MINT-Fächer auf durchgängig mindestens ein Drittel der Stundenpläne weiterführender Schulen zu erhöhen, unabhängig von Schulformen und/oder Jahrgangsstufen.**
- **Die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im naturwissenschaftlich-technischen Bereich sind auszubauen und ein stärkerer Praxisbezug einzuführen.**

Es gibt einige Anbieter qualitativer MINT-Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Seminare sogar kostenfrei den Lehrkräften anbieten. Darunter auch der Fonds der Chemischen Industrie, über den die Chemie seit mehr als 30 Jahren Seminarangebote in NRW organisiert.

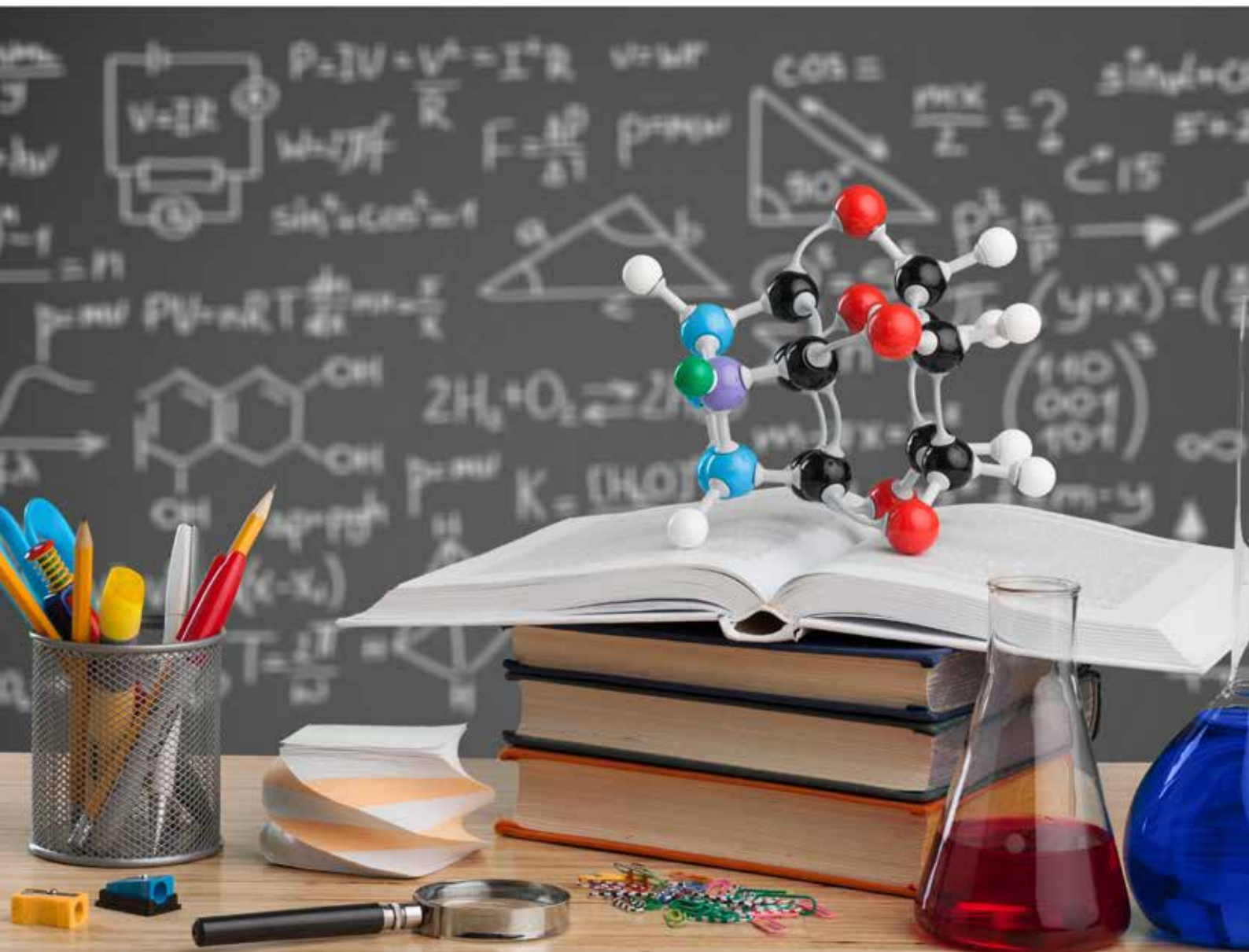
Hier werden in Verbindung mit den fachdidaktischen Lehrstühlen der Universitäten in NRW sowie mit den Lehrerausbildungszentren für die tägliche Arbeit der Lehrkräfte wertvolle Fortbildungen angeboten. Seit einigen Jahren dürfen die Kompetenzteams an den Schulämtern keine Fortbildungen Dritter bewerben. Hierdurch erfahren Lehrkräfte nur erschwert von den Fortbildungsmöglichkeiten Dritter. Eine Bewerbung dieser Angebote wäre jedoch im digitalen Zeitalter kostenfrei möglich.

Seit fast 30 Jahren gibt es Lehrerfortbildungen des VCI NRW, die über den Fonds der Chemischen

Industrie finanziert werden. In diesen Seminaren findet eine rein fachdidaktische Fortbildung statt, um den Lehrkräften in Zusammenarbeit mit Hochschulen und mit Fachlehrerinnen und Fachlehrern aus der Praxis neue und spannende Unterrichtsinhalte an die Hand zu geben. Hier wünschen wir uns in Zukunft mehr Kooperation bei der Bewerbung solcher Formate.

Fortbildungsbemühungen Dritter sollten stärker durch das Land unterstützt werden, in dem eine Bewerbung von Fortbildungen dritter auch über die Kompetenzteams erfolgt.

Die Bewerbung von Lehrerfortbildungen Dritter sollte über einen fachdidaktischen Akkreditierungsprozess erfolgen, um auch auf Seiten des Bildungsministeriums sicherzustellen, dass nur qualitativ gute Seminare beworben werden.



3. Lehren aus Pandemie ziehen – Pharmastandort stärken

Die Pharmazeutische Industrie in Nordrhein-Westfalen ist geprägt durch einen Mix aus internationalen Großkonzernen, einer Vielzahl mittelständisch organisierter Standorte, sowie einiger Familienunternehmen. Zudem wächst die Anzahl der „dedizierten“ Biotechnologieunternehmen in NRW konstant und liegt aktuell bei 109 Unternehmen. Eine internationale Spitzenstellung nimmt NRW hier insbesondere im Bereich der medizinisch-pharmazeutischen Biotechnologie ein.

Für den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen sehen wir große Chancen insbesondere in der Region zwischen Aachen, Köln, Bonn und Düsseldorf ein Zentrum für medizinisch-pharmazeutische Biotechnologie aufzubauen.

Die Möglichkeiten, die der Strukturwandel des rheinischen Braunkohlereviere bietet, sollten genutzt werden, um Nordrhein-Westfalens Potentiale in Spitzentechnologien und damit auch in der medizinisch-pharmazeutischen Biotechnologie zu nutzen.

Pharmadialog NRW fortführen

In den vergangenen Jahren wurde ein Pharmadialog der relevanten Ministerien mit der Pharmaindustrie ins Leben gerufen. In einem ressortübergreifenden Dialog unter gemeinsamer Federführung des Gesundheits- und des Wirtschaftsministeriums wurden Themenfelder wie die Standortentwicklung, klinische Studien und Digitalisierung bearbeitet.

Dieser Dialog sollte weitergeführt und intensiviert werden, denn eine erfolgreiche Entwicklung des Gesundheits- und Pharmastandortes Nordrhein-Westfalen wird nur gemeinsam gelingen.

Das Land muss sich im Bund mit starker Stimme für die Pharmaindustrie in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Lehren aus der Pandemie ziehen

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine sichere und ausreichende Versorgung der



Bevölkerung mit Innovationen und Produkten der Pharmaindustrie ist. Und die Pharmaforschung und die Pharmaindustrie haben gezeigt, wozu sie in der Lage sind, wenn sie auch von den Rahmenbedingungen her bestmöglich unterstützt werden.

Diese Erfahrungen sollten in der Praxis fortgeführt werden und zu einem Umdenken einer durch reine Preisregulatorik getriebenen Arzneimittelpolitik führen.

Aktuell entfallen im Krankenkassen-geregelten Markt (GKV) lediglich etwa 11% der Kosten auf den Pharmazeutischen Hersteller, der aber immer noch im Zentrum der Sparbemühungen und Preisregulationsinstrumente liegt.

Seit über 12 Jahren dürfen beispielsweise Preise für Arzneimittel nicht angepasst werden. Für dieses Preismoratorium und auch für weitere Kostendämpfungsinstrumente wie Rabattverträge gilt dringender Reformbedarf.

Die deutschen Pharmaunternehmen investieren rund 13 % ihres Umsatzes in die Entwicklung von Arzneimitteln. Die hohen Ausgaben liegen in der zum Teil sehr komplexen, langen, höchst sensiblen, stark regulierten und insgesamt risikoreichen Arzneimittelentwicklung begründet.

Noch immer sind von bis zu 30.000 bekannten Erkrankungen nur 30 % heilbar oder behandelbar, so dass die Gesellschaft hier auf Forschung und Entwicklung im hohem Maße angewiesen ist.

Um diese Chancen auf Heilung zu nutzen und gleichzeitig die ökonomischen Potentiale der hoch innovativen pharmazeutischen Industrie für NRW zu nutzen, müssen wir in der Gesundheitsversorgung weg von der rein auf Kosten fokussierten Politik der vergangenen Jahre hin zu einer Politik, die auch unternehmerische Qualität „Made in Germany“ wieder mehr ermöglicht.

Die Rahmenbedingungen für die Forschung sind schon heute in vielen Ländern besser als in Deutschland.

Das Preisgefüge gerade bei patentfreien Arzneimitteln in der breiten Versorgung ist mittlerweile so niedrig, dass immer mehr Therapien vom deutschen Markt verschwinden oder wesentliche Herstellungsschritte oft nur noch in Niedriglohnstaaten erfolgen können.

NRW sollte sich in Berlin dafür einsetzen, dass die Regulatorik nicht einseitig auf Kosteneinsparungen bei der Pharmaindustrie ausgerichtet wird und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Pharmastandortes Nordrhein-Westfalen leisten.

Wir empfehlen Ihnen die nachfolgenden Positionen des BPI und vfa, den Pharma- und Gesundheitspolitischen Fachverbänden im VCI:

[„Masterplan Pharma“ des BPI](#)

[Gesundheitspolitische Positionen des vfa](#)



4. Verkehrsinfrastruktur zukunftsgerichtet gestalten

In Nordrhein-Westfalen ballen sich Individual- und Güterverkehre wie in keinem anderen Bundesland. Die dichte Besiedelung, die zahlreichen Industriestandorte und die zentrale Lage NRW sorgen dafür, dass Quell- und Ziel- sowie Transitverkehre die Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße strapazieren.

Diese Verkehre bewegen sich über Wege, die seit Jahren überlastet, veraltet und zu großen Teilen marode sind. Die Infrastruktur war nie für die heutigen Verkehrsmengen ausgelegt. Notwendige Sanierungen sind jahrzehntelang vernachlässigt worden. Symbolisch dafür stehen die Brücken in Nordrhein-Westfalen. Brücken wie die Leverkusener Rheinbrücke, seit Dezember 2021 auch die A45-Talbrücke Rahmede.

Für den Güterverkehr genauso dramatisch stellt sich die Lage auf der Schiene und der Wasserstraße dar. Die Schiene hat vor allem bedingt durch eine hohe Überlastung mit großen Qualitätsproblemen zu kämpfen – besonders deutlich wird dies am Nadelöhr Köln oder auch mit Blick auf die Verbindungen in Richtung Westhäfen (Antwerpen, Rotterdam). Die Wasserstraße verfügt zwar noch über freie Kapazitäten, doch wird sie beispielsweise im Westdeutschen Kanalnetz stark belastet durch marode Schleusentore, Pumpwerke, Poller.

Allen Verkehrswegen gleich ist die vollkommen inakzeptable Dauer der Instandhaltungs-, Neu- und Ersatzbauten. Projektzeiten von teils Jahrzehnten passen nicht zum Tempo, das wir für die Erreichung unserer Klimaziele benötigen – ein stabiles Verkehrsnetz und die Stärkung von Schiene und Wasserstraße für weitere Transportverlagerungen sind dafür wesentliche Elemente. Welche dringenden Handlungspunkte die NRW-Chemie mit ihrem Aktionsbündnis Verkehrsinfrastruktur in den einzelnen Verkehrsträgern sieht, können Sie in diesem Kapitel nachlesen.

Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss von Infrastruktur- und Logistikexperten von derzeit 12 Chemieunternehmen mit Sitz oder großem Standort in NRW.

a. Güterverkehrswende braucht eine Gesamtstrategie, schnellere Planung und Fachkräfte

Naturgemäß steht der Personenverkehr im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion. Stetig steigende Güterverkehrsmengen verdeutlichen jedoch die Notwendigkeit eines besonderen Fokus' auf diesen Verkehrsbereich zu legen.

NRW braucht eine „Gesamtstrategie für die Güterverkehrswende“ mit verkehrsträgerspezifischen Maßnahmenpaketen, begleitet durch weitere Anstrengungen für die schnellere Planung und Genehmigung und einer Fokus-Betrachtung zur Ausbildungs- und Personallage bei Fachkräften – von den Planungsbehörden bis zur Logistikbranche.

Grundlage für eine solche Strategie sollte ein umfassender Beteiligungsprozess sein. Bei diesem Prozess sollten zentral auch die Bedeutung von Infrastruktur und Logistik für die Gesellschaft thematisiert und letztlich das Zielbild eines gesellschaftlichen Schulterschlusses für einen zukunftsfähigen Güterverkehr verfolgt werden.

Weitere Einzelelemente der Gesamtstrategie sollten aus Sicht der NRW-Chemie u.a. verkehrsträgerspezifische Vorschläge sein, wie wir sie in den nachfolgenden Kapiteln ansprechen, sowie Querschnittsfragestellungen über alle Verkehrsträger hinweg, etwa über eine weitere Digitalisierung der Logistik, der Umgang mit (zunehmenden) engen Gemengelagen zwischen Wohnbebauung und Verkehrswegen / Logistikhubs. Eine Begleitung des Diskussionsprozesses gerade bezogen auf Akzeptanzfragen bietet sich über eine Säule „Infrastruktur für den Güterverkehr“ in einem weiterentwickelten Bündnis für Mobilität an.

Die neue Landespolitik sollte die hohe Ambition der neuen Bundesregierung aufnehmen, die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren. Als ein Pilotvorhaben bietet sich die A45-Talbrücke Rahmede an, deren Sperrung nicht nur lokal Bürger und Unternehmen enorm belastet, sondern auch Transitverkehre verlängert und

Umleitungsstrecken zusätzlich belastet. Die Landesregierung kann hier maßgeblich unterstützen durch:

- einen umfassenden „Scan“ auf Landesebene, welche Beiträge über die Landes- und Kommunalverwaltung zur Beschleunigung von Verkehrsinfrastrukturprojekten geleistet werden können (finanzielle / personelle Ressourcen, Strukturen etc.),
- die aktive und ressortübergreifende Impulssetzung aus NRW zu notwendigen Änderungen im Bundes- und EU-Recht und weiteren erforderlichen Anpassungen (etwa adäquate Finanz- und Personalausstattung der relevanten Einrichtungen auf Bundesebene).

Neben einer schnelleren Planung und Genehmigung ist eine Fachkräfte-Offensive erforderlich. Im Infrastrukturbereich fehlt beispielsweise massiv Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. In der Logistik fehlen LKW-Fahrer, aber auch Lokführer.

Den Fachkräftemangel sollte die Landespolitik in einer Fokus-Betrachtung zur Ausbildungs- und Personallage gezielt aufgreifen.

Es bedarf

- einer Analyse für ein besseres Verständnis der Problemlage, u.a. zu den Fragen: Wo genau fehlt Personal im Infrastruktur- und im Logistikbereich in NRW inkl. einer kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsbetrachtung? Welche Risiken für die Logistikketten sind damit verbunden? Wie sieht die Ausstattung der (Hoch)schulen mit Lehrkräften in den einschlägigen Fachbereichen aus und die entsprechende Entwicklung in den nächsten Jahren?
- einer Image-Kampagne von Politik mit Schulen und Hochschulen, unterstützt von Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern, zivilgesellschaftlichen und Umweltverbänden: „An der Verkehrswende bauen – Deine Karriere in der Verkehrsinfrastruktur“.



b. Verlässlichen und nachhaltigen Straßen-gütertransport ermöglichen

Die Straße schultert die meisten Verkehre. Trotz aller Anstrengungen zur Verkehrsverlagerung wird sich das absehbar nicht ändern. Nicht ausgeschlossen ist, dass aufgrund der intensiven Bautätigkeit auf der Schiene und dadurch vorübergehend weiter eingeschränkter Kapazitäten die Verkehrsleistung der Straße sogar temporär noch weiter steigt.

Deswegen muss es – neben aller Bemühungen, Verkehre auf die Wasserstraße und die Schiene zu verlagern – auch darum gehen, die Straßeninfrastruktur weiter zu modernisieren und weiter zu ertüchtigen. Gleichzeitig muss es uns aber ein Anliegen sein, die auf unseren Straßen rollenden Transporte nachhaltiger und effizienter zu bewegen.

Fokus „Brücken“: Die Sperrung der A45-Talbrücke Rahmede hat einmal mehr verdeutlicht, wie katastrophal der Zustand vieler Brücken in NRW ist. Die Baumaßnahmen an der A1-Rheinbrücke Leverkusen zwingen u.a. Verkehre mit Ziel oder Ausgang im Chempark Leverkusen, einem der größten deutschen Chemiestandorte, schon seit zehn Jahren zu großen Umwegen mit den entsprechenden Folgen bei wirtschaftlichen und ökologischen Kosten. Gerade bei den Rheinbrücken sieht man ein komplexes Trägergeflecht. Allein bezogen auf die 18 Rheinbrücken zwischen Bonn und Duisburg sind etwa Brücken in Verantwortung der Autobahn GmbH, von straßen.NRW, der DEGES sowie kommunale Brücken zusammenzudenken.

Im Rahmen der vorgeschlagenen Gesamtstrategie sollte die Landespolitik eine „Klammerfunktion“ zwischen den unterschiedlichen Trägern im Brückenbereich übernehmen und gemeinsam mit diesen Trägern ein „2030-Gesamtkonzept Brückensanierung NRW“ erarbeiten.

Wichtige Elemente eines solchen Gesamtkonzepts sind:

- regelmäßige, trägerübergreifende Zustands- und Prognoseberichte v.a. der Rheinbrücken (ggfs. weitere wesentlicher



NRW-Autobahnbrücken), um eine bessere Planbarkeit für Verlagerer zu erreichen; auch i.V.m. einer konsequenten Fortführung des „Masterplans zur Umsetzung des Fernstraßenbedarfsplans“ zur Priorisierung und zur Transparenz der Ertüchtigungen der Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans in NRW,

- die vorausschauende Koordination und Krisenplanung für weitere ungeplante Einschränkungen bzw. Ausfälle („Plan B“) und deren transparente Kommunikation für Verlagerer,
- die Fortführung der Informationsforen zu den Rheinbrücken der Autobahn GmbH,
- die Sicherstellung der Finanzierung für Brücken in Verantwortung von Bund / Land / Kommunen,
- die Stärkung des Brückenbau-Kompetenzzentrums der Autobahn GmbH in Köln, vor allem mit einer umfassenden Verkehrsstromanalyse und Empfehlungen für Ausweichrouten im Fall von Ausfällen/Einschränkungen, der Untersuchung zu Beschleunigungspotential beim Brückenneu-/ersatzbau (etwa mit Blick auf eine Beschleunigung durch Standardisierung, dem stärkeren Einsatz von Modularbauweisen und der Reduzierung auf Plangenehmigungen bei Ersatzneubauten), dem Aufbau eines NRW-Kompetenznetzwerks mit Hochschulen, Verbänden etc.,
- die deutliche Kommunikation der andauernden Bedeutung auch von Neubauten vor dem Hintergrund langfristig steigender Verkehrsmengen (wie etwa der Rheinspange A 553).



Mit Landesunterstützung und koordiniert durch den VRS-Verkehrsverbund digitalisiert das Projekt „SEVAS“ Daten für die **Routenwahl von LKW-Verkehren** für eine sichere und umwelteffiziente LKW-Navigation. Kommunen stellen Restriktionen (Gewichts-, Höhen-, Längen- und Breitenbegrenzung sowie Lkw-Durchfahrtsverbote) und Vorrangrouten in einem Web-Portal ein, Hersteller von Navigationsgeräten und entsprechender Software können die Daten kostenfrei abrufen.

Dieses Projekt hat für die chemische Industrie eine besondere Bedeutung, da in der Branche die Transportsicherheit einen hohen Stellenwert hat. Nach Fertigstellung laufender Studien zur Datenqualität des SEVAS-Projekts, sollte das Land intensiv daran mitwirken, das System für eine bestmögliche Attraktivität und Wirksamkeit über die Landesgrenzen hinaus auszurollen (bspw. über die Verkehrsministerkonferenz als Multiplikatorplattform). Wichtig bleibt dabei auch, die Bemühungen fortzusetzen, möglichst viele Hersteller von Navigationssystemen und zugrundeliegender Software davon zu überzeugen, die Daten abzurufen.

Als wichtiges Projekt, das Digitalisierung, Bürgerakzeptanz, Umweltverträglichkeit und Sicherheit zusammenbringt, könnte es auch eine interessante Initiative sein für das „Bündnis für Mobilität“. LKW-Verkehre werden auch künftig eine wichtige Rolle in der Logistikkette spielen.

Wenn diese LKW-Fahrten treibhausgasneutral erfolgen sollen, kommt es auf eine „Antriebsrevolution“ an. In diesem Zusammenhang ist das **HyTruck.NRW-Projekt** von VCI NRW, dem Handelsverband HDE und dem Verband Verkehrswirtschaft und Logistik (VVWL) gemeinsam mit dem NRW-Wirtschaftsministerium und der Energieagentur NRW / NRW Energy4Climate angestoßen worden.

Es wurden Anforderungen von Verladern an Brennstoffzellen-LKW formuliert und zahlreiche Projektteilnehmer haben zuletzt Absichtserklärungen für die Anschaffung von ersten Fahrzeugen unterzeichnet. Zudem ist der Link hergestellt zum HyTruck-Projekt mit Teilnehmern aus Belgien, den Niederlanden und NRW, wodurch der Ansatz verfolgt werden kann, einen grenzüberschreitenden Korridor mit entsprechender Infrastruktur zu initiieren. Die Initiative benötigt weiterhin die proaktive Unterstützung der Landespolitik, um gerade auch Fragen des regulatorischen Rahmens sowie der Förderkulisse in diesem neuen Technologiefeld adressieren zu können.



c. Voraussetzungen für die weitere Transportverlagerung auf die Schiene schaffen

Mit einem Anteil von 22% an der Beförderungsleistung im Inland bei chemischen Erzeugnissen kommt der Schiene eine bedeutende Rolle in der Chemie-Logistik zu.

Die Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene ist ein wichtiger Baustein für die Klimawende im Mobilitätsbereich und für die Verhinderung des drohenden Verkehrskollaps durch weiter steigenden Güterverkehr.

Allerdings setzt diese Verlagerung voraus, dass ausreichend Kapazität im Schienennetz vorhanden ist und Bahntransporte eine hinreichende Qualität und Zuverlässigkeit erreichen. Derzeit sieht die NRW-Chemie hier noch zahlreiche Hürden, an deren Überwindung die Branche aber seit Langem aktiv im Schulterschluss mit den wesentlichen Akteuren arbeitet und dies auch künftig fortführen wird. Nordrhein-Westfalen hat als bedeutender Knotenpunkt im Schienengüterverkehr eine Schlüsselrolle inne, wenn es um die Verkehrsverlagerungsziele geht, die sich der Bund (25% Anteil SGV bis 2030) und die EU im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und der FDP bzw. im EU White Paper on Transport gesetzt haben.

Als Teil der vorgeschlagenen Gesamtstrategie „Güterverkehrswende“ ist ein Schienengüterverkehrskonzept NRW ein wichtiger Baustein für ein klimaneutrales Nordrhein-Westfalen.

Wesentliche Elemente eines solchen Konzeptes sollten dabei einerseits Forderungen sein, die das Land offensiv nach Berlin und an die weiteren relevanten Akteure trägt, sowie landeseigene Ansätze:

- Insbesondere höhere Fördermittel für kleine und mittlere Maßnahmen im Schienennetz können wichtige Investitionen anregen, die auch kurz- bis mittelfristig schon zu Entlastungen führen können, das gilt insbesondere mit Blick auf den Knoten Köln.
- Einer Wiederbelebung des „kunden- / verladerorientierten Bauens“ kommt in den nächsten Jahren ein entscheidender Stellenwert zu, weil die zahlreichen Bauvorhaben nicht gleichzeitig zu einem Erliegen des Betriebs führen dürfen, wenn die Attraktivität des Schienengüterverkehrs gesteigert werden soll.
- Der Schlüssel zu einer besseren Qualität im Schienengüterverkehr bei steigenden Verkehrsmengen liegt im Kapazitätsaufbau und im verbesserten Kapazitätsmanagement (bspw. optimierte und ausgebaute Umschlagmöglichkeiten an Knoten, Bahnhofsgleiskapazitäten, Rangiergleise, Ausweichgleise...); Zielsetzung muss eine Art „NRW-Takt“ im Güterverkehr sein.
- Eine deutliche Stärkung des Kombinierten Verkehrs etwa über ausgebaute Terminalkapazitäten ist ein weiterer wichtiger Aspekt für die Verlagerung von Transporten auf die Schiene.
- Die Anbindung an die Westhäfen in Antwerpen und Rotterdam ist bereits jetzt für die stark in internationale Logistikketten integrierte chemische Industrie von großer Bedeutung. Durch den antizipierten Rohstoff- und Energieträgerwandel wird sich die Bedeutung dieser Anbindung noch vergrößern. Deswegen bedarf es eines weiteren politischen Pushs für eine beschleunigte Anbindung an die Westhäfen über die Umsetzung der 3RX-Strecke nach Antwerpen und die Betuwe-Linie nach Rotterdam.
- Ohne die nötige Akzeptanz von Schienenverkehren in der Bevölkerung wird die Verkehrsverlagerung nicht gelingen. Ein (mobiles) Schienenlärm-labor in NRW kann helfen, die Effekte von Lärmschutzmaßnahmen realistisch darzustellen und so die Akzeptanz zu steigern.
- Schienengüter- und Personenverkehr sollte die gleiche politische Bedeutung beigemessen werden. Ohne mehr Kapazität und Qualität in beiden Verkehrsbereichen werden die Verlagerungsziele und damit die Klimaziele im Verkehrssektor realistischerweise nicht erreicht werden können.

d. Erfolgreiches Lobbying für die NRW-Wasserstraßen fortsetzen

Das VCI NRW Aktionsbündnis Verkehrsinfrastruktur hat in den vergangenen Jahren unterstützt von starken Mitgliedsunternehmen und gemeinsam mit der NRW-Politik und weiteren Stakeholdern einen ganz besonderen Fokus auf die Ertüchtigung der Wasserstraße gelegt.

Als einziger Verkehrsträger mit noch freien Kapazitäten haben die Wasserstraßen das Potential einen noch größeren Beitrag zur Transportleistung zu leisten als bisher schon. Fallen allerdings wichtige Wasserwege aus, riskieren wir bis zu 150 LKW pro Binnenschiff, die ihren Weg über die schon jetzt deutlich überlasteten Straßen suchen müssen.

Der Ausfall von Kanälen im Westdeutschen Kanalnetz ist dabei eine tägliche Bedrohung. Schleusen, Pumpwerke, Wehre und Düker sind veraltet und marode. 2018 führten defekte Nischenpoller bereits zu einer um 50% reduzierten Kapazität an einer der wichtigsten Wasserstraßen Deutschlands, dem Wesel-Datteln-Kanal, der unter anderem den Chemiepark Marl mit dem Rhein verbindet.

Für den Rhein, dem wichtigsten Wasserweg der Republik, stellen die absehbar zunehmenden Niedrigwasserereignisse eine große Herausforderung dar.

Die Landespolitik sollte zur Stärkung der NRW-Wasserstraßen deswegen weiter auf die Allianz mit wichtigen NRW-Stakeholdern setzen, gemeinsam intensiv im Bund für die beschleunigte Ertüchtigung der Wasserstraßen sowie eine langfristig stabile Personal- und Finanzausstattung bei den zuständigen Behörden werben sowie – nicht zuletzt – eigene Handlungsoptionen prüfen.

Im Einzelnen gehören hierzu aus Sicht der NRW-Chemie folgende Maßnahmen:

- den Beirat für die NRW-Wasserstraßen von Landesministerien mit dem Bundesverkehrsministerium und der zuständigen Generaldirektion Wasserstraße und Schifffahrt (GDWS) als zentrales Koordinations- und Einflussgremium des Landes NRW stärken und intensiv nutzen,
- konsequent die Umsetzung des „Aktionsplans westdeutsche Kanäle“ unterstützen,



- nachdrücklich einen beschleunigenden Ansatz im Wasserbau fordern und fördern – etwa die weitere Entwicklung und Einführung eines „Kooperations- / Partnerschaftsmodells“, das die frühe Einbeziehung und Abstimmung mit der Bauwirtschaft bei Projekten unter Einbeziehung des Mittelstandes vorsieht – und ein entsprechendes Pilotprojekt am Wesel-Datteln-Kanal propagieren,
- die gemeinsame Initiative von Bund, Land und Wirtschaft zu einem „8-Punkte-Plan“ für die Schiffbarkeit des Rheins in NRW („Abladeoptimierung Niederrhein“) unterstützen und vorantreiben,
- ein Hafenkonzzept erarbeiten und dabei Fördermöglichkeiten für alle Häfen – auch Privathäfen – und entsprechende Infrastrukturmaßnahmen vorsehen (angelehnt etwa an die NE-Bahnen-Förderung). Die Hafenförderung ist dabei auch wichtig, um eine stärkere Verlagerung auf die Wasserstraße zu ermöglichen und andere Verkehrsträger dadurch zu entlasten,
- die Forderung nach langfristig stabilen Personal- und Finanzressourcen im Wasserbau (ähnlich der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung im Schienenbereich) nach Berlin tragen und prüfen, wie die gängige finanzielle Unterstützung des Landes für Bundesprojekte im Bedarfsfall in eine Personalunterstützung weiterentwickelt werden kann,
- Liegeplätze für Binnenschiffe ausbauen und ertüchtigen (Zugänge zu Städten für höhere Attraktivität der Binnenschifffahrt, Ausbau der Landstromversorgung etc.),
- sich in der fortgesetzten trilateralen Abstimmung zur Wasserstraßenentwicklung / -nutzung engagieren und dabei insbesondere auch einen Ansatz verfolgen, der gleichzeitig die Niederlande und Belgien berücksichtigt; zwei bilaterale und zueinander in Konkurrenz stehende Herangehensweisen jeweils mit Rotterdam und Antwerpen werden der komplementären Bedeutung der beiden Anbindungen für NRW nicht gerecht,
- die Parlamentarische Gruppe Binnenschiff im NRW-Landtag konsequent als zentrale Plattform stärken zur politischen Diskussion der Herausforderungen in Verbindung mit der Nutzung und Entwicklung der NRW-Wasserstraßen,
- in Berlin vehement auf konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hinwirken – von ausreichenden Ressourcen für künftige Aufgaben (Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, Klimaanpassung, Digitalisierung), über eine transparente Priorisierung der Ausbauvorhaben anhand von klaren Kriterien bis zur bestmöglichen Struktur für eine effiziente und pragmatische Projektauf- und -umsetzung.



5. Umweltpolitik mit Industrieentwicklung in Einklang bringen

In NRW als gewachsenem und dicht besiedeltem Industrieland liegen historisch bedingte Gemengelage vor, weil Wohnbebauung in enger Nachbarschaft zu Industrie- und Gewerbe angesiedelt und bewusst entwickelt wurde. Diese Gemengelage darf nicht durch zunehmende Umweltregulierung verschärft werden, die für diese besondere Situationen in NRW nur zu Lasten einer Entwicklung der Industrie umsetzbar wäre.

In der Entwicklung der Kommunen sollten konsequent freiwerdende Brachflächen mit gewerblicher oder industrieller Vornutzung ausschließlich für die Bebauung mit lärmfreiem Gewerbe oder Dienstleistung vorgehalten werden. Damit könnten gezielt Barrieren zwischen bestehender Wohnbebauung und bestehender Industrie- und Gewerbenutzung errichtet werden und so Lärm- oder andere Konflikte reduziert oder beseitigt werden.

Unabhängig davon müssen für Industriestandorte, die sich in solchen Gemengelage befinden, Lösungen gefunden werden, die eine Weiterentwicklung der dort ansässigen Unternehmen ermöglichen. Sei es durch eine entsprechende Auslegung des bestehenden Regelwerkes oder eine Anpassung der einschlägigen Regelungen.

NRW sollte sich dafür einsetzen, dass auch EU-Recht entschlackt und in Deutschland 1:1 umgesetzt wird, nicht aber Regelungen ergänzend dazu erlassen werden.

Gleiches gilt für NRW selbst: eine 1:1-Umsetzung von Bundrecht darf nicht durch ergänzende NRW-Regelungen (Erlasse) flankiert werden und so den Handlungsspielraum für die Industrie noch weiter einschränken.





Impressum:

Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon: +49 211 67931-43
Telefax: +49 211 67931-49
E-Mail: info@nrw.vci.de
Internet: Weitere Informationen finden Sie unter
www.nrw.vci.de

Verband der
Chemischen Industrie e.V.
Wir gestalten Zukunft.



VCI
Nordrhein
Westfalen

